

Rede von Christian Schaft 18.12.2020 (Plenarprotokoll 7/31)

Gesetz zur Änderung des Thüringer Lehrerbildungsgesetzes

Zum Gesetzentwurf der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
- Drucksache 7/1633

Vielen Dank, Frau Präsidentin. Werte Kolleginnen und Kollegen, werte Zuschauerinnen am Livestream, durch Beschluss des Landtags in seiner 26. Sitzung am 2. Oktober 2020 wurde der vorliegende Gesetzentwurf in der Drucksache 7/1633 zur Änderung des Thüringer Lehrer/-innen-Bildungsgesetzes an den Ausschuss für Bildung, Jugend und Sport überwiesen. Der Gesetzentwurf sieht die Anpassung der Bestimmungen des Lehrer/-innen-Bildungsgesetzes zur Erfüllung des sogenannten Mobilitätsbeschlusses der KMK vor. Im Rahmen der zum Wintersemester 2021 anstehenden Reakkreditierung des Studiengangs zum Grundschullehramt an der Universität Erfurt beabsichtigt diese, die strukturellen Vorgaben für das Studium entsprechend anzupassen. Hinzu kommt eine Erhöhung der bildungswissenschaftlichen Studienanteile, um den neuen Anforderungen in den Themenbereichen Digitalisierung, Heterogenität, Inklusion und den Grundlagen der Förderdiagnostik Rechnung zu tragen.

Der Ausschuss für Bildung, Jugend und Sport hat den Antrag oder den vorliegenden Gesetzentwurf in seiner 11. Sitzung und in seiner 12. Sitzung, nein, in der letzten Sitzung des Ausschusses – Entschuldigung – beraten, ein schriftliches Anhörungsverfahren zum Gesetzentwurf durchgeführt. Es sind dem Ausschuss insgesamt 18 schriftliche Stellungnahmen zugegangen. Davon übten nur wenige Kritik, insbesondere zwei Stellungnahmen übten Kritik am vorliegenden Gesetzentwurf und kritisierten im Wesentlichen die Anpassung der Vierfach-Ausbildung zur Dreifach-Ausbildung mit Blick auf die Integration des Faches Schulgarten in das Ausbildungsfach Heimat- und Sachkunde. In weiteren Stellungnahmen wurde darauf hingewiesen, dass die Erhöhung bildungswissenschaftlicher Inhalte sinnvoll, aber die Verdichtung von Studieninhalten nicht zu einer Steigerung des Leistungsdrucks bei den Studierenden führen darf. Der überwiegende Teil aber der Anzuhörenden begrüßte den vorgelegten Gesetzentwurf ausdrücklich, um die Mobilität der Lehramtsstudierenden zu verbessern und Handlungsfelder wie Inklusion, Heterogenität, Digitalisierung im Unterricht und in den Ausbildungsinhalten stärken zu können.

In der Auswertung der Stellungnahmen kam der Ausschuss abschließend zu dem Ergebnis, dem Landtag mehrheitlich die Annahme des vorliegenden Gesetzentwurfs zu empfehlen. Vielen Dank.

(Beifall DIE LINKE)